

Informationen erteilen:

Dr. Martin Kersting

Über JETZT

Gründungsstraße 22

22309 Hamburg

040/631 49 89

m.kersting@alraune-hamburg.de

Michael Joho

Einwohnerverein St. Georg v. 1987 e.V.

p.A. Hansaplatz 9

20099 Hamburg

040/280 37 31

info@ev-stgeorg.de

Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte in Hamburg, vom 16.7.2013

Im Oktober 2012 hatten das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und AktivistInnen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt die „Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte“ formuliert und beschlossen. Innerhalb kurzer Zeit unterzeichneten rund 20 Stadtteilbeiräte, diverse mit Stadtteilfragen befasste Organisationen und Vereinigungen sowie mehr als 50 Einzelpersonen die Resolution. Auch in die Hamburger Politik hat das Anliegen Eingang gefunden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte im November/Dezember 2012 haben gleich mehrere Bürgerschaftsfraktionen Anträge zur besseren finanziellen Absicherung der Stadtteilbeiräte in Hamburg gestellt. Doch diese Anträge wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Wir begrüßen die auch von der Hamburger Politik vermehrt geführte Diskussion um die Partizipation im Allgemeinen und die Bedeutung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte im Besonderen. Schließlich geht es um nichts weniger als das Funktionieren unserer Metropolgesellschaft im 21. Jahrhundert, die mehr BürgerInnenbeteiligung und Stadtteildemokratie denn je erforderlich und sowieso wünschenswert macht.

Doch die Realität sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Hamburger Stadtteilbeiräte wird 2013/14 auslaufen, hier und da vielleicht noch um die kurze „Nachsorgephase“ von einem Jahr verlängert. Die Ursache: Der Senat hält daran fest, dass solche Beteiligungsgremien nur dann eingerichtet und finanziell unterstützt werden, wenn und solange das betreffende Gebiet in ein behördliches Förderprogramm eingebunden ist. Ohne Förderprogramm keine BürgerInnenbeteiligung, so die gegenwärtige Senatsphilosophie.

Die Beiräte sind im Wesentlichen an das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gekoppelt. Dieses sieht eine Stadtteolförderung inklusive Beteiligungsgremien immer nur für einige wenige Jahre vor. Hier und da entscheiden allerdings auch Wohlwollen und Interessenslage der parlamentarischen Mehrheiten über die Einrichtung eines neuen Stadtteilbeirats, wie die Beispiele St. Pauli (wurde abgelehnt) und HafenCity (soll kommen) im Bezirk Mitte veranschaulichen.

Natürlich stellt niemand die BürgerInnenbeteiligung, nicht einmal die Beiratsstrukturen grundsätzlich infrage. Doch wenn es um die Verstetigung oder gar Ausweitung der Stadtteilbeiräte, also um die finanzielle Absicherung, die professionelle Begleitung und die daraus resultierende Wertschätzung von Politik und Verwaltung geht, dann kneifen die Verantwortlichen. Von „selbsttragenden Strukturen“ als Ziel für die Beiratsarbeit ist beim Senat neuerdings gehäuft die Rede, also davon, dass sich gerne Menschen vor Ort zusammensetzen könnten, um ihre Stadtteilbelange zu besprechen, aber eben ohne städtische Unterstützung...

Wie die Erfahrung zeigt, ist es ausgesprochen schwierig, ja meist unmöglich, ein selbstorganisiertes und vor allem selbstfinanziertes vergleichbares Gremium auf Dauer zu halten. Durch das Fehlen eines Stadtteilbüros oder anderer Stellen, welche sich um die Organisations- und Vermittlungsarbeit kümmern, wird das Engagement von ehrenamtlichen Beiräten überfordert. Zudem findet ein solch „freiwilliger“ Zusammenschluss in der Regel nicht das Gehör bei Politik und Verwaltung, wie ein im bezirklichen und städtischen Leben verankerter Stadtteilbeirat. Wer es ernst meint mit BürgerInnenbeteiligung und Demokratie vor Ort kommt also um abgesicherte, d.h. politisch gewollte und finanziell geförderte Beiratsstrukturen nicht herum. Und dazu gehören nicht zuletzt die Verfügungsfonds, mit denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen spürbar gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die UnterzeichnerInnen der Resolution:

1. Entkoppelung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte von RISE- oder anderen Förderprogrammen, stattdessen Schaffung eines eigenen Etatpostens „Stadtteilbeiräte“ im nächsten Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Erhalt und Verstetigung aller existierenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte mit der entsprechenden finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung überall dort, in denen dieser Wunsch geäußert wird
4. Verankerung von Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten
5. Initiativrecht und regelhafte, frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Stadtteilbeiräte, z.B. bei Planungsverfahren
6. Gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Beteiligungsstrukturen und Mitwirkungsrechten auf Stadtteilebene

Erste Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte, vom 4.10.2012

Das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und einzelne AkteurInnen bzw. UnterzeichnerInnen aus dem Netzwerk „Recht auf Stadt“ begrüßen das Bekenntnis des Senats zur Förderung eines eigenständigen Stadtlebens: *„Zentrales Anliegen ist es, ein eigenständiges Stadtleben zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, an vorhandenen örtlichen Potenzialen anzuknüpfen und die Bewohner/innen zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.“* (Senatsdrucksache 20/4846 vom 4.9.2012, S. 2). Sanierungs- und Quartiersbeiräte und vor allem die Stadtteilbeiräte haben sich in den vergangenen Jahren in vielen Stadtteilen als sehr gut geeignete, wenn auch noch ausbaufähige Instrumente erwiesen, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu artikulieren und zu transportieren.

Deshalb empfinden es die UnterstützerInnen dieser Resolution als ausgesprochen bedauerlich, dass seitens des Senats keine Überlegungen angestellt werden, die Beteiligungsgremien über die Förderdauer des jeweiligen Quartiers hinaus zu verstetigen (vgl. Senatsdrucksache 20/4846, Antwort auf die Fragen 21 und 22, S. 13 f.). Aus der Anlage zu der erwähnten Drucksache geht hervor, dass rund ein Drittel der Fördergebiete in den Jahren 2012 und 2013 auslaufen werden, ohne dass ein Ersatz dafür vorgesehen ist. Dies wäre ein herber Rückschlag für die allseits als unverzichtbar gepriesene Bürgerbeteiligung.

Vor allem in sozial und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen sollen dadurch nicht zu kompensierende Verluste im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Partizipation hingenommen werden. Die organisatorisch-bürokratische Arbeit wie Abhaltung von ordnungsgemäßen Beiratswahlen, Einladungen zu den Beiratssitzungen, Erstellung der Tagesordnungen, Protokollführung und –versand, Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Institutionen usw. ist aber mit einer rein ehrenamtlichen Tätigkeit nur sehr schwer, auf Dauer gar nicht zu leisten. Somit wären gerade die sozial benachteiligten Quartiere durch das Auslaufen der Förderung und die faktische Beendigung der Bürgerbeteiligung in einem besonderen Maße betroffen. Im Übrigen halten wir Beteiligungsstrukturen überall dort, wo erwünscht, für erforderlich.

Bürger und Bürgerinnen vor Ort würden eine wichtige Informationsquelle und Ebene der institutionalisierten Beteiligung verlieren, Politik und Verwaltung würden sich durch den Verzicht auf Verstetigung des Instrumentariums Stadtteilbeirat einer wichtigen Entscheidungshilfe berauben. Eine größere Kompetenz in Quartiersfragen als die der Bewohnerinnen und Bewohner wird vielfach nicht zu finden sein. Ohne diese Gremien wächst die Gefahr bürgerferner Entscheidungen mit den bekannten Folgen der Staatsverdrossenheit und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Wenn es dem Senat also ernst ist mit der Förderung eines *eigenständigen Stadtlebens* und der Stärkung des *sozialen Zusammenhanges*, so müssen Wege gefunden werden, die Beiräte als dauerhafte Institutionen im politischen Leben der Freien und Hansestadt Hamburg zu verankern und finanziell abzusichern

Weitergehende Formen der Bürgerteilhabe und Selbstorganisation sowie andere demokratische Aktivitäten und Mobilisierungen von Menschen vor Ort bleiben von der Sicherung bzw. breiteren Etablierung von Stadtteilbeiräten selbstverständlich unbenommen.

Gelebte Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft!

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, 4.10.2012

UnterzeichnerInnen:

Stadtteilbeirat Appelhoff; Barmbeker Ratschlag; Sanierungsbeirat S 1 Barmbek Nord; Stadtteilbeirat Langenfort/Barmbek-Nord; Stadtteilrat Barmbek Süd; Stadtteilrat

Dulsberg; Stadtteilbeirat Essener Straße; Stadtteilversammlung Großlohe; Stadtteilbeirat Hohenhorst; Luruper Forum; Sanierungsbeirat Mümmelmansberg; Quartiersbeirat Münzviertel; Borner Runde/Osdorfer Born; Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel; Stadtteilbeirat St. Georg; Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd; Stadtteilbeirat Steilshoop; Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg; Redaktion Stadtteilzeitung „Aktiv Wohnen“, Mümmelmansberg; Standpunkt Schanze e.V.; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Martin-Luther-King-Kirchengemeinde Steilshoop; Ortsverband Die LINKE, Steilshoop.

Susanne Alejos Padilla (Stadtteilbeirat Essener Straße); **Imke Behr** (Stellvertr. für den Einwohnerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Maximilian Bierbaum** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg); **Jan-Hendrik Blumenthal** (Sprecher Stadtteilbeirat Steilshoop); **Günther Boldt** (Stadtteilbeirat Steilshoop, stellvertr. Vorsitzender Stadtteilbeirat Quartier Appelhoff, 1. Vorsitzender GfG Steilshoop); **Verena Brachvogel** (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); **Lutz Cassel** (Vorsitzender des Beirats für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg); **Roman-Raffaele Chirico** (Bewohner Steilshoop); **Rolf Danilow** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Peter Dreller** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Sonja Engler** (Sanierungsbeirat S 1, Barmbek-Nord-Fuhlsbütteler Str., Vertreterin der Kultureinrichtungen); **Thomas Falensky** (Stadtteilversammlung Großlohe); **Marion Fisch** (Quartiersbeirat Osterbrook, DIE LINKE); **Uschi Frerich** (Stellvertr. im Stadtteilbeirat St. Georg für das Ganztagsgymnasium Klosterschule); **Volker von Garnier** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel); **Rolf-Gerd Goretzki** (Stadtteilbeirat St. Georg, ev.-luth. Kirchengemeinde); **Ingolf Goritz** (Sanierungsbeirat Karolinenviertel, St. Pauli-Nord, DIE GRÜNEN); **Uwe Grams** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Steilshoop); **Gudrun Greb** (Mitglied Stadtteilbeirat St. Georg); **Werner Hansen** (Sprecher Stadtteilbeirat Essener Straße); **Martin Heger** (Bewohner Dulsberg); **Renate Hercher-Reiß** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); **Michael Joho** (Vertreter des Einwohnervereins St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Dr. Martin Kersting** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Holger Knorr** (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); **Anastasia Kiloglou-Dora** (Vorsitzende Stadtteilbeirat Appelhoff); **Andreas Kohlen** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Klaudia Krummreich** (Bewohnerin Steilshoop); **Steffen Leipnitz** (stellvertr. Bewohnervertr. im Stadtteilbeirat St. Georg und stellvertr. Mitglied im Quartiersbeirat Münzviertel für DIE LINKE); **Peter Mandok** (Stadtteilbeirat Bergedorf Süd, DIE LINKE Bergedorf); **Maria Meier-Hjertqvist** (Sprecherin der Borner Runde); **Marc Meyer** (Vertreter im Sanierungsbeirat St. Pauli/Wohlwillstraße für MhM Hamburger Mieterverein e.V.); **Philipp Urs Meyer** (Sanierungsbeirat St. Pauli Wohlwillstraße); **Georg E. Möller** (Mitglied Standpunkt Schanze, zugewählter Bürger im Regionalausschuss 1 der BV Altona); **Jörg v. Prondzinski** (Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel); **Jens Reuter; Barbara Petersen** (Sprecherin Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Sebastian Scheffler** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Frank Schmidtdorff** (Stadtteilbeirat Steilshoop, DIE GRÜNEN); **Manfred Schubert** (Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); **Michael Schwarz** (Stadtteilbeirat St. Georg); **Hans Joachim Seydack** (Sprecher Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Klaus-Jürgen Steinbeck** (Stadtteilbeirat Steilshoop, Delegierter im Lenkungsausschuss des HDI/Innovationsquartier); **Bernhard Stietz-Leipnitz** (Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel, DIE LINKE); **Martin Streb** (Vertreter für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Klaus Stürmann** (Vorsitzender des Quartiersbeirats Münzviertel); **Petra Thiel** (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg-Mitte, Leiterin Schorsch); **Wolfdietrich Thürnagel** (Sanierungsbeirat Mümmelmansberg); **Sönke Ullrich** (Stadtteilbeirat Steilshoop); **Andreas Vogt** (Stadtteilbeirat Hohenhorst); **Helmut Voigtland** (Stellvertr. für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); **Klaus Wachs** (Bewohner Steilshoop); **Sylvia Wachs** (Bewohnerin Steilshoop); **Günter Westphal** (Quartiersbeirat Münzviertel); **Ursula Witsch** (Stadtteilbeirat St. Georg); **Günther Wolff** (Stadtteilbeirat Steilshoop).